



Update aus Berlin

Februar '24 (I)

#WeRemember

SPD
Fraktion im
Bundestag

... NIE WIEDER
IST JETZT!



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2024 abgeschlossen und so die vorläufige Haushaltsführung beendet. Damit bringen wir viele Förderprogramme wieder zum Laufen und schaffen Planungssicherheit für Unternehmen. Wir sorgen weiter sowohl für innere, für äußere und für soziale Sicherheit. Einen Abbau des Sozialstaats gibt es mit uns nicht! Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten nicht alleine.

Vor 79 Jahren – am 27. Januar 1945 – wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefundene industrielle Vernichtung von Menschen ist ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bereits am Samstag haben wir anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an vielen Orten der Millionen Ermordeten gedacht. Im Bundestag hat am vergangenen Mittwoch eine Gedenkstunde stattgefunden. Auch heutzutage gibt es Menschen in Deutschland, die unsere plurale Gesellschaft und unseren demokratischen Rechtsstaat zerstören wollen. Diesen Menschen und ihrer völkischen Ideologie stellen wir uns entschieden immer und überall entgegen – das ist gemeinsame Aufgabe und Verantwortung aller demokratischen Parteien.

Unsere Demokratie ist wehrhaft und unser Grundgesetz hat Instrumente, um sie zu schützen und zu verteidigen. Das Verbot Parteien zu finanzieren, die eine Gefahr für unsere Demokratie und Verfassung sind, ist eines davon. Prüfverfahren, ob Parteien auf dem Boden der Verfassung stehen oder an der Abschaffung unserer Demokratie arbeiten, sind ein weiteres Instrument. Hier gibt es zu Recht hohe Hürden. Vereine können durch das Innenministerium verboten werden, wenn nachgewiesen ist, dass sie verfassungsfeindlich agieren.

Auf unserem Europaparteitag am vergangenen Sonntag wurde Katarina nun zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahlen am 9. Juni gewählt. Lasst uns also gemeinsam für ein gutes Ergebnis kämpfen, damit Populistinnen und Populisten jeglicher Couleur bei dieser für Europa so entscheidenden Wahl keine Chance haben.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende,

Euer



Inhalt

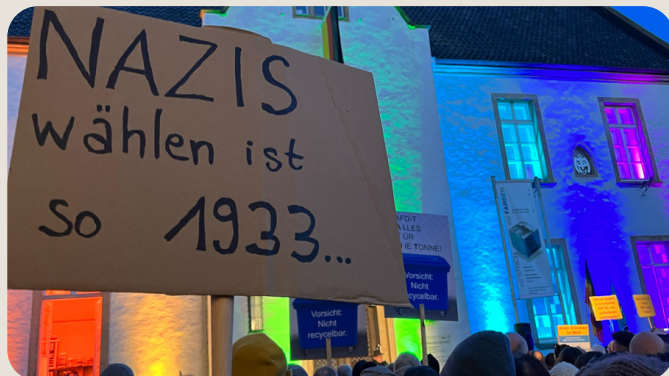
Die Umfrage. >>> Meine Rede zum Haushalt 2024. >>> Haushalt 2024. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Zahlreiche Menschen sind in den letzten Tagen auf die Straße gegangen: Für eine wehrhafte Demokratie und Solidarität, gegen Rechtsextremismus und Faschismus! Und es werden immer mehr, weitere Demos sind überall in Deutschland geplant. Wie sieht's bei Euch aus?

Wart Ihr bereits auf einer Demo gegen Rechtsextremismus?



- » Ja, na klar!
- » Noch nicht, aber ich habe es fest vor!
- » Nein, aus meiner Sicht bringen die Demonstrationen nichts.

Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!

Letzte Umfrage:

**Sparkurs und Schuldenbremse für 2024 -
haltet Ihr die Haushaltseinigung für richtig?**

So habt Ihr abgestimmt:



- Ja. Die Einigung ist ein demokratischer Kompromiss, in dem sich die Ziele und auch das Profil aller drei Ampelfraktionen wiederfinden.
- Nein, in der aktuellen Lage wäre es nur konsequent gewesen, die Schuldenbremse von vorne herein auch für 2024 auszusetzen.
- Ja, ABER mit Sparmaßnahmen allein ist es nicht getan. Die SPD muss in der Regierung jetzt Ihre Vorhaben vom Parteitag durchsetzen und unter anderem Super-Reiche stärker zur Kasse bitten.

Eine Stimme aus der Umfrage: "Leider sind jetzt zwei Jahre Stress und Streit gewesen. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass die FDP die Politik bestimmt, die Grünen mächtig Federn lassen müssen und die SPD versucht zu moderieren und erscheint damit selbst am farblosesten. Bei der nächsten Wahl wird uns der Wähler dermaßen abstrafen, dass wir rund um 15 % landen werden. Ich kann nur hoffen, dass die FDP an der 5%-Hürde scheitern wird. Wobei man vielleicht sogar anerkennen muss, dass sie, gemessen an ihren Stimmanteilen, ihre Positionen deutlich überproportional durchsetzt."

Meine Rede zum Haushalt 2024.

Bereits am Dienstag habe ich im Plenum meine Haushaltrede zum Einzelplan 25 im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gehalten. Trotz der Sparzwänge ist es uns hier gelungen, dass wir kaum Einsparungen in diesem Haushalt haben, aber sehr wohl neue Impulse im Wohnungsbau setzen können.

Da die CDU/CSU trotzdem gerne immer wieder meckert, habe ich am Redepult deutlich gemacht: „Ampel-Bashing ist kein politisches Konzept.“ Vor den Folgen warnte kürzlich sogar die Berliner Morgenpost: „Statt anzuerkennen, wo Dinge gut laufen, gelingen, Erfolg haben, dreschen viele gerade auf die Mängel ein, als gebe es kein Morgen.“

Sie warnt vor den gesellschaftlichen Folgen, die nur den Rechtsextremen in Deutschland in die Hände spielen. Also, liebe CDU/CSU wägen Sie Ihre Szenarien etwas besser ab.

Was die Wohnungspolitik und die zuletzt enorm gestiegenen Baupreise angeht:

Ich bin froh, dass die Trendwende am Markt erkennbar ist. Ich hoffe, dass die seit vielen, vielen Jahren auch unter Horst Seehofer immer weiter gestiegenen Bauüberhänge von 800 000 genehmigten Verfahren endlich abgebaut werden können

Also: Wir halten an unseren Zielen fest. Darüber muss Klarheit bestehen. Wir fördern nicht, was gut verkauft werden kann, sondern wir fördern, was von den Menschen benötigt wird: bezahlbarer Wohnraum.

Das spiegelt sich auch im Haushalt 2024 des Ministeriums wieder. Danke an alle, die daran mitgearbeitet haben.

[Hier findet Ihr meine Rede auf Facebook](#)
[und hier auf Instagram.](#)



Haushalt 2024.

Demokratie gibt es nicht umsonst.

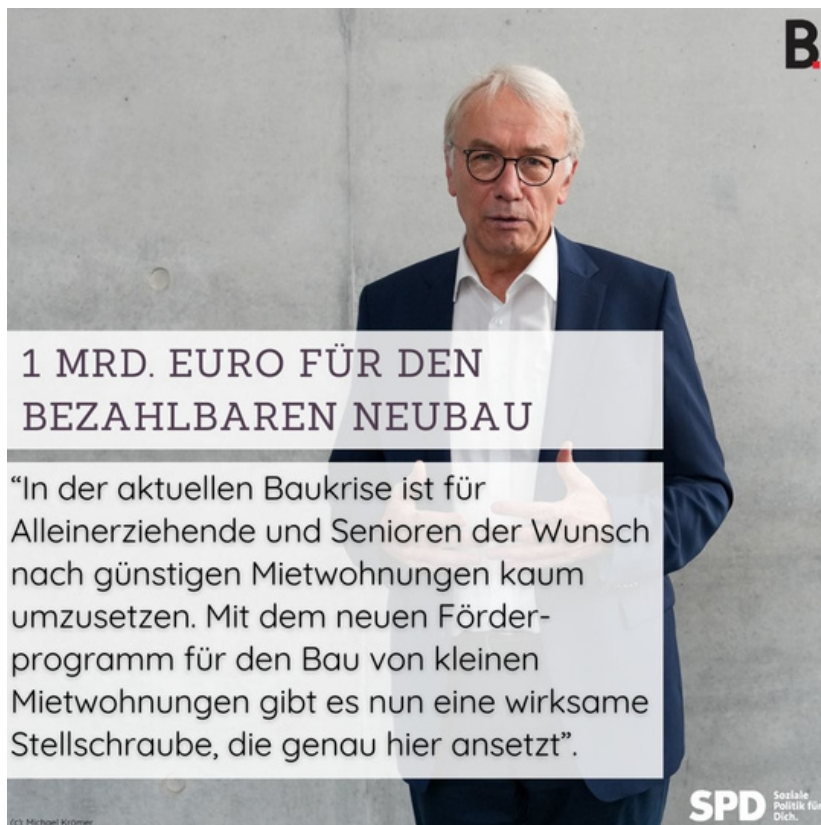
In diesen Wochen wird uns allen wieder klar: Demokratie gibt es nicht umsonst. Sie kostet den Menschen in unserem Land Zeit im ehrenamtlichen Engagement und tagtäglichem persönlichen Einsatz für demokratische Werte. Aber vor allem auch der Staat muss seinen Teil leisten, um Demokratie zu wahren und auszubauen. Dies gelingt uns mit diesem Bundeshaushalt. Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit, um unsere Demokratie vor ihren Feinden, von innen und von außen, zu schützen. Wir investieren aber auch in soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, damit Arbeitsplätze erhalten werden.

Signal für die Bauwirtschaft.

Um den Konjunkturmotor Bauwirtschaft wieder anzuwerfen, stellen wir dem BMWSB 1 Mrd. Euro zusätzlich für den klimafreundlichen Neubau zur Verfügung.

Nicht nur Familien, sondern auch Alleinerziehende und Seniorinnen und Senioren könnten häufig die Miete für eine bezahlbare Wohnung nicht mehr aufbringen. Das werden wir nun ändern und für mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt sowie für moderne Energiestandards und einen echten Anschub für die Konjunktur sorgen. Damit die Mittel des Bundes für zusätzliche Investitionen in den Kommunen schneller wirken, haben wir die Bundeshaushaltsordnung geändert.

Die Vergabe und Auszahlung der Mittel werden künftig schneller und unbürokratischer laufen.



Mehr Klimaschutz.



Mit 26 Mrd. Euro fördern wir im KTF in den kommenden Jahren die Wärmewende im Gebäude-bereich. Über 3,5 Mrd. Euro stehen für Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes zur Verfügung. Erneut stellen wir auch Mittel für Bauprogramme in den Bereichen Kultur- und Denkmalschutz bereit. So werden allein für Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen rund 285 Mio. Euro für Bau- und

Sanierungsmaßnahmen in kulturellen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Für Denkmalschutz-Projekte mit nationaler Bedeutung sind in diesem Haushalt 47,5 Mio. Euro vorgesehen.

Integration.

Auf die steigende Zuwanderung in den Jahren 2022 und 2023 reagieren wir mit einem breiten und leistungsfähigen Integrationsangebot, das Menschen zielgerichtet bei der sprachlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration unterstützt.

Schon im Regierungsentwurf wurden die Mittel zur Durchführung der Integrationskurse um 340 Mio. Euro auf 880 Mio. Euro angehoben. In der Bereinigungssitzung stellen wir dem BMI zusätzlich 188 Mio. Euro zur Verfügung, sodass die Gesamtsumme erstmals 1 Mrd. (1.068 Mio. Euro) überschreitet. Das erfolgreiche Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind“ für kursbegleitende Kinderbetreuung wird mit Mitteln des BMI und des BMFSFJ im nächsten Jahr fortgeführt. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Kürzung bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) nehmen wir zurück und erhöhen sie auf 77 Mio. Euro (+20 Mio. Euro), dass die Träger ihr Orientierungs- und Beratungsangebot weiterhin flächendeckend und bedarfsgerecht aufrechterhalten können.

Wir stärken das THW.

Das Technische Hilfswerk stärken wir jetzt mit insgesamt 15 Mio. Euro, womit ein beträchtlicher Teil der im Regierungsentwurf vorgesehenen Kürzungen (-41 Mio. Euro) zurückgenommen wird. Wir heben die Miet-Mittel um 8 Mio. Euro an, um Mietpreis-steigerungen auszugleichen, und ermöglichen durch eine haushaltsneutrale Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der zweiten Bereinigungssitzung (100 Mio. Euro), dass dringliche Liegenschaftsvorhaben bei den Ortsverbänden in den nächsten Jahren fortgesetzt werden können. Weiterhin erhöhen wir den sog. Einsatztitel auf 7,4 Mio. Euro (+6 Mio. Euro), sodass die THW-Ortsverbände nicht länger auf die Refinanzierung von Einsatzkosten warten müssen und das Geld solange an anderer Stelle fehlt. Für die Digitalisierung der Aus- und Fortbildung erhält das THW 1 Mio. Euro.

Landwirtschaft.

Jenseits der Diskussion zum Agrardiesel steigt der Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums nach den Haushalts-beratungen um 100,6 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf auf 6,93 Mrd. Euro. In den Haushaltsverhandlungen ist es gelungen, die erheblichen Kürzungen beim zentralen Finanzierungsinstrument für den ländlichen Raum, der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), deutlich abzumildern.

Die Bundesmittel für die GAK werden um insgesamt 66,75 Mio. Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf über 907 Mio. Euro angehoben. Zwei Sonderrahmenpläne werden aufgehoben, um den Bundesländern die Mittelbewirtschaftung zu erleichtern. Zudem sollen künftig Fördermittel, die von einzelnen Ländern bis Ende August eines Jahres nicht abgerufen worden sind, unter allen Bundesländern verteilt werden.

Übergang der Berufsberatung für U25-Jährige

Nach zahlreichen Gesprächen mit den Jobcentern haben wir die ursprüngliche Idee eines Übergangs der Berufsberatung für U25-Jährige in die Verantwortung der Berufsagenturen verworfen. Stattdessen hat das BMAS die Übertragung der Förderung beruflicher Weiterbildung und Reha-bilitation auf die Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Beratungsprozess eingebracht. Diese Alternative haben wir im Rahmen des Ersten Haushaltsfinanzierungsgesetzes umgesetzt. Durch den Übergang der Finanzierung dieser zwei Instrumente in den Bereich des SGB III werden künftig rund 900 Mio. Euro an Bundesmitteln eingespart. Mit dieser Neuerung entwickeln wir darüber hinaus die BA zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung mit einer gebündelten Fachkompetenz in Weiterbildungsfragen weiter.

Demokratieförderung.

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit sind die Säulen einer demokratischen Zivilgesellschaft. Deswegen legen wir bei den Freiwilligendiensten und beim Bundesfreiwilligendienst einen Schwerpunkt und stärken sie mit 80 Mio. Euro zusätzlich. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes mit so wichtigen Projekten wie der U18 Wahl, den Mental Health Coaches, dem Jugendmigrationsdienst und der Förderung der Jugendverbände wird gegenüber dem Regierungsentwurf deutlich erhöht. Die Bundeszentrale für politische Bildung kann ihre Arbeit wie gewohnt fortsetzen; auch das ist ein starkes Zeichen für den demokratischen Zusammenhalt.



AG Kommunalpolitik: Haushalt 2024.

In der AG Kommunalpolitik haben wir uns mit dem haushaltpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Dennis Rohde über die Auswirkungen der Haushaltsentscheidungen 2024 auf die Kommunen ausgetauscht.

Die Städtebauförderung wird mit 790 Mio. Euro auf hohem Niveau weiterlaufen. Sie hebt weitere Investitionen im privaten und öffentlichen Sektor im Verhältnis von rd. 1:7. Damit wird vor allem auch das Handwerk im ländlichen Raum unterstützt. Mehr als die Hälfte

der Städtebauförderungsmittel fließen in ländliche Räume. Die Städtebauförderung ergänzt den Wohnungsbau, in dem soziale Infrastrukturen, Kitas, Schulen, Sportstätten, Stadtteilzentren als Anlaufstellen im Quartier ausgebaut werden.

Seit dem 1. Januar 2024 ist das Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung in Kraft. Zur Unterstützung der Kommunen bei der Erstellung von Wärmeplänen stehen 500 Mio. Euro für die Länder zur Verfügung.

Die Bundesförderung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wird gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht (+2,8 Mio.). Gleiches gilt für die Psychosozialen Zentren zur Betreuung von Geflüchteten (+6 Mio.), die niedrigschwellig beraten und betreuen – eine Aufgabe, die seit dem russischen Angriffskrieg zusätzliche Wichtigkeit erlangt hat. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Kürzung bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) nehmen wir ebenfalls zurück und erhöhen sie auf 77 Mio. Euro (+20 Mio. Euro), dass die Träger ihr Orientierungs- und Beratungsangebot weiterhin flächendeckend und bedarfsgerecht aufrechterhalten können.





Am vergangenen Montag habe ich mich mit meinem Bundestagskollegen Fabian Funke und den Bürgermeistern aus seinem Wahlkreis zu wichtigen kommunalpolitischen Themen ausgetauscht: die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung, die Förderprogramme der Bundes, die Kommunalfinanzen und vielen mehr. Danke für die Einladung!



Austausch über die Zukunft der kommunalen Energiegewinnung im Kreis Warendorf

„Kommunikation ist der Schlüssel zum Erfolg“ – die ist beim sogenannten Heizungsgesetz zunächst ziemlich schiefgelaufen. Anders jetzt bei der kommunalen Wärmeplanung. Diese Aufgabe wird von den Kommunen überwiegend positiv begleitet, weil sie wissen, dass der Klimaschutz auch eine wichtige kommunale Aufgabe ist.

Vor diesem Hintergrund habe ich kürzlich Vertreter der Stadtwerke sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Austausch im Brauhaus „Stiefel Jürgens“ in Beckum eingeladen. Anlass dafür war vor allem der Besuch meines sehr geschätzten Bundestagskollegen Dr. Matthias Miersch – Experte der SPD-Fraktion für die Bereiche Energie und Klimaschutz.



Foto: Jason Mitchell

Zentrale Themen der Diskussion waren das Gebäudeenergiegesetz, besser bekannt als „Heizungsgesetz“ und das Wärmeplanungsgesetz, dessen Umsetzung jetzt beginnt. Bis 2028 müssen alle Kommunen eine Wärmeplanung vorlegen. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender weiß Matthias Miersch, dass das Thema viele Kommunen umtreibt. Er betont aber auch die Bedeutung und Dringlichkeit der Umsetzung:

„Durch die Reform des EU-Emissionshandels und Anpassung an die Klimaziele wird CO₂ ab 2027 deutlich teurer. Bis dahin brauchen wir die Wärmeplanung – sie ist das Fundament für entsprechende Konzepte, die uns dann vor hohen Preisen bewahren.“

Der allgemeine Tenor der Gesprächsrunde lautete: „Klarheit und Sicherheit schaffen und entsprechend zu investieren“. Förderprogramme sollten eine sichere, schnelle und unkomplizierte "Starthilfe" für Projekte zur klimafreundlichen Wärmegewinnung bieten, forderten die Anwesenden.